

Für eine wirkliche Alternative im Interesse der Vielen

Offener Brief an die Unterstützer*innen von "aufstehen"

Liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Genossinnen und Genossen,

die letzten Wochen haben noch einmal deutlich gemacht: Diejenigen, die uns regieren, sind völlig losgelöst von dem, was die Mehrheit der Menschen bewegt. Das zeigt nicht nur die "Causa Maaßen". Seit Jahren werden die brennenden Probleme wie steigende Mieten, Personalmangel in Krankenhäusern, Pflegeheimen, Schulen, Kitas, gestiegene Arbeitslosigkeit, sinkende Einkommen und die Zerstörung der Umwelt ignoriert. All das interessiert nicht, weil die Parteien des "etablierten Politikbetriebs" von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen allesamt eine Politik für bestimmte Interessen verfolgen: für die oberen zehntausend. Es geht darum, wie Konzerne und Banken ihre Profite maximieren können, wie die Reichen ihre Vermögen noch weiter anhäufen können.

Vor diesem Hintergrund wächst die Gefahr von rechts. Leider ist es auf Wahlebene gerade die AfD, die aus der Krise der Regierung und des ganzen Systems profitieren kann. Wir brauchen eine starke politische Alternative von links – also eine, die konsequent die Interessen der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung vertritt. Mit der neuen Sammlungsbewegung, die von Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine angestoßen wurde, soll eine Bewegung entstehen, um "Forderungen der Mehrheit gegen die oberen ein Prozent auf die Straße" zu bringen.

Wir - die Sozialistische Alternative SAV - sind Teil der LINKEN und setzen uns in ihr für einen konsequenten kämpferischen Kurs und Bewegungsorientierung ein. Wir beteiligen uns nicht am Aufbau von "aufstehen" und wollen unsere Sorgen und Kritikpunkte zu dem Projekt darlegen. Gleichzeitig aber wollen wir solidarisch dazu einladen, weiter zu diskutieren, wie eine kraftvolle Bewegung gegen Sozialabbau, Rassismus und Umweltzerstörung aufgebaut werden kann.

Hoffnung auf SPD und Grüne

„aufstehen“ bezeichnet sich zwar als außerparlamentarische Bewegung. Aber die Zielsetzung ist auf Veränderungen durch neue parlamentarische Mehrheiten beschränkt. Der „aufstehen“-Gründer Ludger Vollmer sagte am 4. September, das Ziel der Bewegung sei erreicht, wenn es zu einer rot-rot-grünen Regierung käme. „aufstehen“ hofft darauf, dass die Bewegung so viel Druck in SPD und Grünen entfalten kann, dass diese sich nach links verändern. Wir halten diese Hoffnung für trügerisch! Spätestens seit der Agenda 2010 sind SPD und Grüne durch und durch prokapitalistische Parteien, in denen es kaum linke Opposition gibt.

Entsprechend schwach ist die Beteiligung von Mitgliedern dieser Parteien bei „aufstehen“. Das bedeutet: Entweder scheitert das Projekt mangels Beteiligung. Oder die inhaltlichen Bedingungen zur Bildung einer rot-rot-grünen Regierung werden aufgeweicht. Oder, und das ist leider eine große Gefahr – es kommt zur Gründung einer neuen Partei. Das würde die Spaltung der LINKEN und die Bildung einer neuen Partei rechts von der Programmatik der Linkspartei bedeuten. Damit aber würde der gesamten Linken in Deutschland Schaden zugefügt.

Bewegungen und gemeinsame Kämpfe

Ohne Bewegung wird sich nichts ändern. Wir brauchen eine Orientierung auf Bewegungen und gemeinsame Kämpfe. Unserer Meinung nach kommt das bei der derzeitigen Politik der LINKEN leider noch zu kurz. Eine Orientierung auf Regierungseteiligungen hat zur Folge, dass sie selbst in Landesregierungen Teil des „etablierten Politikbetriebs“ wird, indem sie bei der Verwaltung von Sachzwängen, die ihr innerhalb des kapitalistischen Profitsystems auferlegt werden, landet. Doch gleichzeitig ist die LINKE für uns immer noch der beste Ansatz-



www.sozialismus.info – info@sav-online.de – Tel:030/24 723 802

V.i.S.d.P.: A. Teweleit, c/o SAV, Littenstr. 106, Berlin

punkt, um zu einer Massenpartei der abhängig Beschäftigten, der Erwerbslosen, der Jugendlichen, der Rentner*innen zu kommen. Immerhin ist sie die Partei, die als einzige sichtbar in Kämpfen auftritt, wie zum Beispiel beim Kampf für mehr Personal in Krankenhäusern oder bei Streiks.

Um die LINKE zu einer Partei zu machen, mit der es auch möglich ist, Mehrheiten für einen radikalen Kurswechsel zu erreichen - hin zu einer Gesellschaft, in der die Bedürfnisse der vielen Menschen entscheidend sind und nicht die Profite von Wenigen, brauchen wir keine Orientierung auf SPD und Grüne, sondern eine Aktivierung in und um die LINKE, um entsprechende positive Beispiele zu setzen. So kann die LINKE zum Anziehungspunkt für enttäuschte SPD-Wähler*innen werden.

Zahlreiche Proteste gegen die steigenden Mieten zu Demonstrationen, für Solidarität mit Geflüchteten, gegen Rassismus, für mehr Personal in Krankenhäusern sowie in Kitas und Schulen oder den Erhalt des Hambacher Forstes bedeuten aktuell eine große Chance, um den Widerstand weiter aufzubauen.

"Liquid Democracy"

Sahra Wagenknecht und ihre Unterstützer*innen in der LINKEN haben das „aufstehen“-Projekt nicht in der Partei zur Diskussion gestellt und das Projekt gestartet, obwohl klar war, dass eine Mehrheit in den Gremien der Partei und auch beim letzten Bundesparteitag es nicht unterstützt. Jetzt wird davon gesprochen, dass das Projekt durch Nutzung neuer Technologien besonders demokratisch sein soll. Internet-Debatten und Online-Abstimmungen können jedoch demokratische Meinungs- und Entscheidungsprozesse und Wahlen von Repräsentant*innen und Funktionsträger*innen nicht ersetzen.

Wir treten für eine demokratische LINKE ein, in welche die Mitglieder über Forderungen, Programm und gemeinsame Aktionen bestimmen. Wir fordern eine Rechenschaftspflicht aller Funktionsträger*innen und Abgeordneten in den Parlamenten, und dass sie sich an Beschlüsse der Partei halten. Dies hat gegenüber dieser Partei und ihren Mitglieder rechenschaftspflichtig sind. Damit keine abgehobene Führung entsteht und Parlamentarier*innen nicht ihre Ziele vergessen, vertreten wir das Prinzip, dass diese nur ein durchschnittliches Facharbeiter*innengehalt erhalten und alles darüber, an die Bewegung und die Partei abgeben.

Gegen „Teile und Herrsche“

Ein weiterer Grund, warum wir meinen, dass "aufstehen in die falsche Richtung geht, sind die Aussa-

gen von Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine bezüglich Migration. Leider spricht sich Sahra Wagenknecht offensiv für Einwanderungsbeschränkungen aus.

Indem sie das Asylrecht mit Gastrecht gleich setzte, Terroranschläge in einen ursächlichen Zusammenhang zu Einwanderung stellte, hat sie Wasser auf die Mühlen der Rechten geschüttet und dazu beigetragen, dass das Thema Migration ein viel zu hohes Gewicht in der öffentlichen Debatte erlangt hat. Dabei ist es ein Instrument der Regierenden, mithilfe von Hetze gegen Migrant*innen von den wahren Ursachen für Sozialabbau abzulenken. Es ist notwendig, dieser Propaganda unmissverständlich entgegenzutreten. Nein, es waren keine Geflüchteten, die den sozialen Wohnungsbau eingestellt haben. Es ist nicht einmal die größere Zahl von Geflüchteten im Jahr 2015, die Ursache für den Mangel ist. Wer an diese Argumentation Zugeständnisse macht, hilft den Regierenden und Bossen ihre Verantwortung für die Zustände zu verschleiern.

Antikapitalismus

„aufstehen“ ist nicht antikapitalistisch, sondern bewegt sich im Rahmen des Systems. Ohne die Eigentumsverhältnisse und die Wirtschaftsordnung grundlegend zu verändern, soll es möglich sein, allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen, Kriege und Klimawandel zu stoppen. Das halten wir für eine Illusion. Ohne ein Ende von Marktkonkurrenz und Profitproduktion und der gigantischen Macht von Banken und Konzernen können wir uns keine soziale, friedliche und nachhaltige Gesellschaft vorstellen. Es ist Aufgabe von Linken zusammen mit Menschen, die (noch) keine Antikapitalist*innen sind, für soziale Verbesserungen hier und jetzt zu kämpfen, aber eben auch sozialistische Ideen und Perspektiven in diese Kämpfe hineinzutragen. Wir sehen nicht, dass „aufstehen“ sich dieser Aufgabe stellt.

Gemeinsam aktiv werden

Wir wollen mit euch gemeinsam aktiv werden. Dafür laden wir euch zur Diskussion über den besten Weg ein und dazu, mit der Partei die LINKE und der SAV gemeinsam aktiv zu werden: in den Kämpfen der Krankenhausbeschäftigten für mehr Personal, den Bewegungen von Mieter*innen für mehr kostengünstigen Wohnraum, die #Seebrücke-Bewegung, die Proteste im Hambacher Forst, die #unteilbar-Demonstration am 13. Oktober und die vielen anderen Proteste gegen AfD, Rassisten und Nazis.